

Rezensionen – Comptes rendus – Reviews

Foljanty-Jost, Gesine / Hüstebeck, Momoyo (Hrsg.): *Bürger und Staat in Japan*. Halle-Wittenberg: Universitätsverlag, 2013, 280 S., ISBN 978-3-86977-064-2.

Der von Gesine Foljanty-Jost und Momoyo Hüstebeck in der Reihe *Schriften des Zentrums für Interdisziplinäre Regionalstudien* herausgegebene Band ist ein wichtiger Beitrag zur Erforschung der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit in Japan. Die Beiträge des Bandes sind das Ergebnis von Vorträgen und Diskussionen, die zum Thema „Bürger und Staat“ im Rahmen des Internationalen Graduiertenkollegs „Formenwandel der Bürgergesellschaft“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg stattgefunden haben. Leser erhalten nicht nur einen profunden Überblick über spezifische Eigenschaften der gegenwärtigen japanischen Zivilgesellschaft, sondern können auch gut nachvollziehen, wie sich eine Konzeption von Zivilgesellschaft in Japan historisch entwickelt hat.

Die Herausgeberinnen betonen in ihrer Einleitung, dass der Sammelband nicht auf normativen Erwartungen an eine Zivilgesellschaft besteht. Im Zuge solcher Erwartungen könnte man annehmen, dass die japanische Zivilgesellschaft sich erst in den 1990er Jahren herausgebildet und insbesondere vor 1945 nicht existiert hat, wie sozialwissenschaftliche Untersuchungen der japanischen Zivilgesellschaft mehrheitlich annehmen. Stattdessen soll im Band der Frage nachgegangen werden, wie sich das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat in Japan sowohl während der Vor- als auch Nachkriegszeit konstituiert hat und immer noch konstituiert. Dieses Verhältnis war bzw. ist bisweilen von undemokratischer, autoritärer Macht geprägt, aber es wäre ein Fehler, die japanische Zivilgesellschaft allein deswegen als im Vergleich zu anderen Ländern schwach zu bezeichnen.

Der erste Teil des Buches beschäftigt sich hauptsächlich mit der konzeptionellen Frage nach der japanischen Zivilgesellschaft. Hier steht insbesondere eine Untersuchung der Entwicklung bzw. der Akzeptanz der Begriffe „Zivilgesellschaft“ und „Öffentlichkeit“ in der Vor- und Nachkriegsgeschichte Japans im Mittelpunkt. Dabei wird ein weiterer Bogen geschlagen: Behandelt wird die Restauration während der Meiji-Zeit (1868–1912), die erste Sozialbewegung für demokratische Reformen während der Taishō-Zeit (1912–1926), der Nationalismus und hiermit zusammenhängend das Tenno-Konzept während der Kriegszeit (1931–1945) sowie die Debatte über Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit während der Nachkriegszeit unter dem Einfluss von Jürgen Habermas oder marxistischer Autoren. Die verschiedenen Autoren kommen dabei zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen.

Zunächst gibt Naoshi Yamawaki einen allgemeinen Überblick über die Entwicklung der Demokratie in Japan von der Zeit der Meiji-Restauration bis heute, um einige Bemerkungen über die Konzeptionalisierung von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit in Japan und Deutschland anzuschliessen. Dabei weist er auch auf den Einfluss von Hegel, Marx, Habermas und weiteren Autoren hin. Der Autor ist für seinen an Habermas angelehnten Ansatz einer *public philosophy* bekannt, der auch in diesem Beitrag erkennbar ist. Wegen der damit verbundenen normativen Erwartungen kommt Yamawaki zu dem Ergebnis, dass die japanische Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit als „unreif“ und „zu schwach“ zu bewerten sind. Hiroshi Mitani thematisiert aus einer historischen Perspektive die Formierung der Öffentlichkeit von der Meiji-Restauration bis zum Ende der Kriegszeit. Dies ermöglicht es ihm, auf einige Themen hinzuweisen, die bei komparativen Studien zur Entwicklung der Öffentlichkeit in verschiedenen Ländern beachtet werden sollten. Mitani beurteilt den Wandel der Öffentlichkeit während der Kriegszeit als ein „Scheitern“. Er beschreibt aber interessanterweise, wie der öffentliche Diskurs zu dieser Zeit in einer (zum Teil freiwilligen) Zusammenarbeit zwischen Regierung, Massenmedien und Religionen (u.a. shintöistische Gruppen) stattgefunden hat, obwohl sich die inhaltliche Vielfalt der Diskurse vor dem Hintergrund der nationalistischen Gewaltausübung verringert hat. Shunsuke Murakami stellt die Bildung der Konzeption von Zivilgesellschaft aus einer ökonomischen Perspektive vor. Zentral ist dabei die Frage nach der Akzeptanz der Theorien von Adam Smith, Karl Marx und weiteren Autoren, in denen die Spannung zwischen Gemeinschaftsnutzen und Eigennutz diskutiert wird. Es ist bemerkenswert, dass Murakami die konzeptionelle Trennung von Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft, die sich auch in Japan zu einem definitorischen Standard entwickelt hat, nicht nur marxistischen Autoren, sondern auch Habermas zuschreibt und eine Idealisierung der Zivilgesellschaft in Frage stellt – hier findet sich ein Kontrast zu den Ausführungen von Yamawaki. Maik Hendrik Sprotte versucht in seinem ambitionierten Beitrag, eine spezifisch japanische Konzeption von Zivilgesellschaft zu rekonstruieren, jenseits von normativ überhöhten Konzeptionen, nach denen die Zivilgesellschaft als gewaltfrei und unabhängig vom Staat verstanden wird. Sprotte sieht die Kriegszeit nicht als „Verhinderungsgeschichte“ der Zivilgesellschaft, sondern lediglich als „Verengungsgeschichte“. Wichtig und erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang auch seine Hinweise auf den konfuzianistischen Familismus, der einen Zweiklang von Privatheit und Öffentlichkeit in Japan verunmöglicht hat, sowie auf die Öffentlichkeit während der Kriegszeit, die Sprotte – anders als Mitani – trotz herrschender Zensur als lebendig und vielfältig bezeichnet. Hideo Hiramatsu konzentriert sich auf ein Fallbeispiel zivilgesellschaftlichen Engagements vor dem Krieg, nämlich das *hōmen-iin* System für Armenpflege, das 1918 installiert wurde und das durch eine Selbständigkeit der

involvierten Akteure und die Vorstellung einer „Hilfe zur Selbsthilfe“ geprägt ist. Im Vergleich zum *chōnaikai* System der lokalen Selbstverwaltung war das *hōmen-iin* System liberaler und individualistischer, weswegen die Zentralbehörden während der Kriegszeit seine Abschaffung diskutierten.

Die Beiträge des zweiten Teils des Bandes beschäftigen sich eher mit dem strukturellen Wandel der heutigen Zivilgesellschaft. Dabei kommt insbesondere die Reform der japanischen Zivilgesellschaft durch das sogenannte NPO (Non-Profit-Organisationen)-Gesetz in den Blick, das aus dem Anlass der ehrenamtlichen Hilfe nach dem Kōbe-Erdbeben im Jahre 1995 erlassen wurde.

Jörg Kruth fragt in einer kommunitaristischen Perspektive nach den kulturell spezifischen Eigenschaften der japanischen Zivilgesellschaft. Durch eine beobachtende Teilnahme untersucht er an einem Verein von NGOs in Westjapan (*Kansai NGO kyōgikai*) „ein ausgedehntes Freiwilligennetzwerk zwischen Kommunen und Bürgern“ (S. 160). Kruth zufolge entstand nach der Reform durch das genannte NPO-Gesetz 1998 nur eine ungenutzte Rechtsform (eine autorisierte, steuerbefreite NPO), während der Staat halbstaatliche Organisationen finanziell stark gefördert hat. Der Autor folgert, dass NPOs keineswegs eine Alternative gegenüber Staat und Wirtschaft darstellen. Michiko Mae behandelt zwei Fallbeispiele einer neuen Verbindung zwischen japanischer Öffentlichkeit und Privatheit: Erstens das Volkstribunal des *Violence Against Women in War-Network*, bei dem Kriegsverbrechen gegenüber den sogenannten Trostfrauen (*ianfu*) verurteilt wurden, und zweitens die *Seikatsusha*-Bewegung. Dabei handelt es sich um eine besondere Art von Verbraucherbewegung, deren (überwiegend weibliche) Teilnehmer sich „über das Private hinaus für eine alternative Lebensweise entscheiden“ und Vertreter/innen in das Tōkyōer Bezirksparlament entsenden (S. 186–187). Allerdings muss man wohl kritisch anmerken, dass man aus zwei Fallbeispielen, die fast nur auf Tōkyō bezogen sind, nicht leicht einen Wandel der gesamten japanischen Zivilgesellschaft ableiten kann. Karoline Haufe und Gesine Foljanty-Jost thematisieren Veränderungen der *Local Governance* in Japan, die sich unter dem Motto „von Government zu Governance“ in kommunalen Entscheidungsprozessen Japans vollziehen. Während sich dabei die Beteiligungsformen der zivilgesellschaftlichen Akteure an diesen Entscheidungsprozessen verändern – zu nennen sind beispielsweise *public comments*, Referenden oder Workshops –, ist Haufe und Foljanty-Jost zufolge immer noch ein beschränkter Zugang zur Beteiligung zu konstatieren. Susanne Brucksch untersucht die Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft im Umweltbereich. Ihr Fallbeispiel ist dabei die erfolgreiche Zusammenarbeit der NPO *Asaza*-Fund mit dem Konzern NEC, deren Ziel darin bestand, den Kasumigaura-See zu reinigen. Brucksch zufolge zeigen japanische Umweltorganisationen ein gewisses Potenzial für die Lösung von Umweltproblemen, haben allerdings in erster Linie die

Aufgabe, staatliche Massnahmen ergänzend zu begleiten. Abschliessend untersucht Gabriele Vogt Veränderungen im Bereich der *local citizenship* mit Blick auf die japanische Zuwanderungspolitik, die unter dem Motto „*tabunka kyōsei*“ (Zusammenleben verschiedener Kulturen) laufen. Vogt ist dabei der Meinung, dass zivilgesellschaftliche Akteure in diesem Bereich mehr leisten als eine blossе Implementierung staatlicher Politik: Sie beteiligen sich aktiv am *agenda setting*.

Durch den vorliegenden Band kann man nicht nur einen wichtigen Einblick in strukturelle Merkmale der gegenwärtigen japanischen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit erhalten, sondern auch durch die Beiträge des ersten Teils die Entwicklung der konzeptionellen Frage nach einer spezifisch japanischen Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit nachvollziehen. Es ist für den Leser sicherlich vorteilhaft, sich über diese beiden Aspekte in einem Sammelband gleichzeitig informieren zu können.

Allerdings könnte sich auch nach der Lektüre die Frage stellen, wie die Herausbildung einer Konzeption von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit in Japan, die im 19. Jahrhundert (Meiji-Restauration) begonnen hat, mit der gegenwärtigen Lage von Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit zusammenhängt. Eine Untersuchung, die sich diese Frage zum Thema setzt, wäre als zusätzlicher Beitrag lohnend gewesen, hätte er doch den ersten und den zweiten Teil des Sammelbandes verbinden können.

Darüber hinaus lässt der Band die grundsätzliche Frage nach der Definition von Zivilgesellschaft offen, die von zwei Autoren (Sprotte und Mae) erwähnt wird. So kann der Begriff der „Zivilgesellschaft“ mit Blick auf einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich (den Bereich zwischen Staat und Privatwirtschaft) oder mit Blick auf Handlungen der Akteure (freiwillige und selbstständige Handlungen) definiert werden. Die meisten Ansätze des zweiten Teils legen nahe, dass eine Definition der Zivilgesellschaft mit Blick auf einen spezifischen Bereich nicht für die Situation in Japan geeignet ist, weil die japanische Zivilgesellschaft eng mit der staatlichen und kommunalen Verwaltung sowie dem Privatsektor verbunden ist (vgl. den Beitrag von Brucksch). Ob die japanische Zivilgesellschaft mit Blick auf spezifische Handlungsmerkmale der Akteure definiert werden kann, lässt sich durch die Beiträge des Bandes nicht vollständig beantworten. Daher wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Band auch die Frage nach der Definition untersucht hätte. So hätte ein wichtiger Beitrag bezüglich der Frage geleistet werden können, ob sich die europäische Definition von Zivilgesellschaft einfach auf Japan übertragen lässt.

Trotzdem bietet der Sammelband nicht nur Soziologen und Historikern, die sich mit Japan beschäftigen, einen Überblick über spezifische Eigenschaften der japanischen Zivilgesellschaft auf nationaler und lokaler Ebene. Eine lohnende Lektüre ist er auch für Wissenschaftler aus anderen Bereichen, die sich über die

normativen Erwartungen von europäischen Konzeptionen der Zivilgesellschaft hinaus für die Frage interessieren, wie Bürger bzw. zivilgesellschaftliche Akteure, Staat und Privatwirtschaft auf kulturell unterschiedlich geprägte Weise interagieren können.

Ayaka Löschke: UFSP Asien und Europa, Universität Zürich. E-mail: ayaka.loeschke@uzh.ch

